


7 Fragen an Kandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl 2013

Gleicher Lohn und gleiche Rechte bei jeder Teilzeitarbeit!
Existenzsicherung für Frauen – mit Entgeltgleichheit und sozialer Sicherung – statt Mini-Job

Eine Aktion der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG)
und des Deutschen Frauenrates (DF) zur Bundestagswahl 2013

	<p>Name: Dr. Sascha Raabe Partei: SPD Wahlkreis: 180, Hanau</p>
<p>Fragen:</p>	<p>Antworten:</p>
<p>1. Was halten Sie von der geringfügig entlohnten Beschäftigung (Minijob) als Arbeitsmarktinstrument?</p>	<p>Mini-Jobs müssen dringend reformiert werden, vor allem natürlich im Interesse der Menschen, die diese Jobs ausüben. In den letzten Jahren wurden zunehmend sozialversicherungspflichtige Vollzeit- und Teilzeitjobs in mehrere Mini-Jobs aufgeteilt. Dadurch sind reguläre Jobs vernichtet worden und der Niedriglohnsektor hat sich ausgeweitet. Denn im Mini-Job-Sektor werden besonders häufig Dumping-Löhne gezahlt, was sich zusätzlich durch die Streichung der Stundenbegrenzung bei Mini-Jobs verstärkt hat. Wir wollen die Mini-Jobs nicht abschaffen, aber gerechter gestalten.</p>
<p>2. Wissen Sie, wie viel ein Jahr Arbeit im Minijob mit einem Verdienst von 300 € / Monat an monatlicher Rente heute einbringt?</p>	<p>2,40€ <input checked="" type="checkbox"/> 3,40€ <input type="checkbox"/> 4,40€ <input type="checkbox"/></p>
<p>3. Sollte der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ auch für Minijobs gelten?</p>	<p>Ja. <input checked="" type="checkbox"/> Der von der SPD geforderte flächendeckende Mindestlohn von mindestens 8,50 € muss daher selbstverständlich genauso für Mini-Jobs gelten, schließlich werden gerade in diesen Beschäftigungsverhältnissen überproportional häufig Löhne in Höhe von 5 Euro oder niedriger bezahlt.</p> <p>Nein <input type="checkbox"/></p>

<p>4. Wie setzen Sie sich für die soziale Sicherung ab dem 1. Euro ein?</p>	<p>Alle Arbeitsverhältnisse müssen gleich behandelt werden, daher ist eine grundlegende Reform der Mini-Jobs notwendig. Es darf künftig keine Möglichkeit mehr geben, das Arbeitsrecht zu umgehen und die soziale Absicherung muss verbessert werden. Es darf nicht sein, dass Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder Kündigungsschutz vielfach in der Praxis nicht gewährt werden. Deshalb werden wir Schritte für eine eigenständige soziale Absicherung aller Beschäftigungsverhältnisse einleiten. Wir fordern, dass künftig die grundlegenden arbeitsrechtlichen und tariflichen Ansprüche in einem schriftlichen Arbeitsvertrag niedergelegt und kontrolliert werden.</p>
<p>5. Was halten Sie von der Steuerklasse V?</p>	<p>Finde ich schlecht, weil:</p> <p>das Ehegattensplitting die Einverdienerehe begünstigt, denn dort ist der Splittingvorteil am größten. Durch die Kombination der Steuerklassen III/V wird das niedrigere Einkommen unangemessen hoch steuerlich belastet. In den meisten Fällen ist die Frau diejenige, die sehr hohe Abzüge hinzunehmen hat. Das führt dazu, dass Frauen sehr häufig an Erwerbstätigkeit gehindert werden bzw. die Rolle der Zuverdienerin inne haben, was sich im Falle einer Trennung oder im Alter sehr negativ auswirken kann.</p> <p>Das Ehegattensplitting hat zudem den Nachteil, dass der Splittingvorteil für Spitzenverdiener am größten ist. Und auch kinderlose Paare und Paare mit erwachsenen Kindern profitieren sehr stark, wohingegen die Anzahl der Kinder beim Splitting nicht berücksichtigt wird. Zudem gehen sämtliche Gemeinschaftsformen außerhalb der Ehe leer aus.</p> <p>Aus diesen Gründen fordern wir, das Ehegattensplitting für neugeschlossene Ehen ab einem bestimmten Stichtag durch den Partnerschaftstarif für Ehegatten zu ersetzen, der eine individuelle Besteuerung beider Partner vorsieht, dabei aber die gegenseitigen Unterhaltsverpflichtungen berücksichtigt. Ganz wichtig ist dabei allerdings: Für Lebenspartner, die ihre Lebensplanung auf das bisherige Steuersystem ausgerichtet haben, wollen wir nichts ändern – denn schließlich basiert deren Lebensmodell auf diesem System.</p>
<p>6. Warum arbeiten Frauen Ihrer Meinung nach in Minijobs?</p>	<p>Die Beweggründe und Motive sind vielfältig und kann ich pauschal nicht beurteilen. Sicherlich spielt eine Rolle, dass die Löhne in Deutschland oft ungerecht niedrig sind, so dass viele Familien auf einen Zuverdienst durch einen Minijob angewiesen sind. Deshalb wollen wir für insgesamt gerechtere und höhere Löhne kämpfen. Wer Vollzeit arbeitet muss davon auch ohne zusätzlichen Minijob gut leben können.</p>
<p>7. Welche Alternative sehen bzw. wünschen Sie sich zu den Minijobs?</p>	<p>Mini-Jobs dürfen keinen Ersatz zum Normalarbeitsverhältnis darstellen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse dürfen sich daher nicht</p>

	<p>weiter ausbreiten.</p> <p>Durch die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns sowie der stärkeren Kontrolle der Einhaltung der sozialen Sicherung im Arbeitsvertrag wird es weniger Mini-Jobs geben. Der Missbrauch prekärer Beschäftigungsverhältnisse wird somit gestoppt und es entstehen wieder mehr reguläre Arbeitsplätze.</p> <p>Die bereits bestehenden Regelungen für kurzzeitige Beschäftigung und für Schülerinnen und Schüler, Studierende und Rentnerinnen und Rentner bleiben bestehen. Für diese Personengruppen soll sich durch die Weiterentwicklung der Mini-Jobs im Wesentlichen nichts ändern.</p>
--	--